

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Sicherstellung einer ausreichenden und qualitativ guten Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern**

Die Versorgung von Schulen mit ausreichend vielen und gut qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherung und Verbesserung des Bildungsstandortes Bremen und daher Kernaufgabe der Bildungspolitik. Erklärtes Ziel ist es daher, in den nächsten Jahren das bestehende Gesamtvolumen an Vollzeitstellen trotz des zu erwartenden Rückgangs von Schülerinnen und Schülern zu erhalten, um eine gute Unterrichtsversorgung und pädagogische Reformen abzusichern.

In der Stadtgemeinde Bremen wird in den nächsten zehn Jahren ein Gesamtvolumen von insgesamt 2094 Vollzeitstellen, in der Stadtgemeinde Bremerhaven von 560 Vollzeitstellen wieder zu besetzen sein. Grundsätzlich wird das Land Bremen als Stadtstaat auch weiterhin attraktiv bleiben für Bewerberinnen und Bewerber aus Bremen wie auch aus anderen Bundesländern. Es gilt jedoch jetzt bereits Vorsorge zu treffen für die sich jetzt schon abzeichnende schwierigere Besetzung von Stellen in Mangel-fächern und in der Stadtgemeinde Bremerhaven.

Nach wie vor bildet das Land Bremen weitaus mehr Lehrkräfte aus, als für den eigenen Bedarf benötigt werden. Auch sind vom Land wie den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven bereits eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen ergriffen worden, um die Versorgung mit Lehrpersonal sowohl unter quantitativen als auch qualitativen Gesichtspunkten auch künftig sicherzustellen, wie z. B. Werbe- und Informationsveranstaltungen, die Umstellung des Einstellungsverfahrens und eine besondere Berücksichtigung von Einsatzwünschen der Bewerberinnen und Bewerber. Zur Überbrückung von personellen Engpässen hat das Land Bremen den Lehrberuf für den sogenannten Quer- und Seiteneinstieg sowie für ausländische Pädagoginnen und Pädagogen geöffnet und Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme für Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteiger entwickelt, damit diese parallel zu ihrem Vorbereitungsdienst oder zu ihrer Lehrtätigkeit eine pädagogische Qualifizierung erhalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. hält daran fest, frei werdende Lehrerinnen- und Lehrerstellen in Bremen und Bremerhaven wiederzubesetzen.
2. fordert den Senat auf, die unternommenen Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern fortzusetzen, und bittet den Senat, sich auch weiterhin nachhaltig in die ländergemeinsame Strategie zum Lehrkräftebedarf einzubringen.
3. fordert den Senat auf, bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept vorzulegen, aus dem, ausgehend von nach Fächern und Schularten differenzierten Bedarfsrechnungen, für die nächsten zehn Jahre hervorgeht, welche Studienplätze und Kapazitäten im Vorbereitungsdienst erforderlich sind, um auch künftig eine ausreichende und qualitativ gute Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern im Land Bremen zu gewährleisten.

4. bittet den Senat zu prüfen, ob ein gesondertes Auswahlverfahren für Referendarinnen und Referendare, die in den Schuldienst Bremerhavens möchten, geeignet ist, die Versorgungsengpässe insbesondere in bestimmten Fächern in Bremerhaven abzumildern.
5. bittet den Senat zu prüfen, inwiefern geeignete Weiterbildungsprogramme für im Dienst befindliche Lehrkräfte angeboten werden können, um diese in die Lage zu versetzen, berufsbegleitend die Lehrbefähigung in Mangelfächern (derzeit z. B. Latein, Spanisch, Physik und Chemie) zu erwerben.
6. fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie auch bei Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern gewährleistet wird, dass diese den Ansprüchen an Qualität und Professionalität, die den KMK-Standards für die Bildungs- und Fachwissenschaften entsprechen, genügen.
7. bittet den Senat, die berufliche Eingangsphase insbesondere von Umsteigerinnen und Umsteigern sowie ausländischen Pädagoginnen und Pädagogen mit geeigneten Maßnahmen zu flankieren, damit diese praktische Erfahrungen sammeln und Handlungssicherheit gewinnen können.
8. bittet den Senat, darauf hinzuwirken, dass die Anrechnungsmöglichkeiten von im Ausland erworbenen Qualifikationen, die im Herkunftsland einer Lehramtsausbildung entsprechen, erleichtert werden.

Birgit Busch, Sybille Böschen, Mustafa Güngör,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Anja Stahmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen